

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

17.9.1925 (No. 215)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14.
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontokonto
Karlsruhe
Nr. 2515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Sonntags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassentabell gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, Nr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigen, die in mehreren Nummern, und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenebruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Zusendungen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beträge zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Neuregelung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn vom 1. Oktober 1925 ab

Durch das Einkommensteuergesetz vom 10. August 1925 ist der Steuerabzug vom Arbeitslohn neu geregelt worden. Die Neuregelung tritt am 1. Oktober 1925 in Kraft.

Der bisherige steuerfreie Lohnbetrag von 960 RM. jährlich (80 RM. monatlich) ist beibehalten worden. Er wurde jedoch in drei Teile zerlegt, und zwar in einen steuerfreien Lohnbetrag im engeren Sinne von 600 RM. jährlich (50 RM. monatlich) und in zwei Beträge von je 180 RM. jährlich (15 RM. monatlich), zur Abgeltung der Werbungskosten und Sonderleistungen.

Für die Berücksichtigung des Familienstandes findet eine Verbindung des bisherigen Systems der prozentualen Ermäßigungen mit dem System der festen Abzüge statt. Der Steuerlohn von 10 v. H. vermindert sich für die Ehefrau und jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind um je 1 v. H. Im Geleite ist dies dadurch zum Ausdruck gebracht, daß außer dem Betrage von 960 RM. jährlich (80 RM. monatlich) 10 v. H. des über diesen Betrag hinausgehenden Arbeitslohns für jeden Familienangehörigen steuerfrei bleiben sollen.

Die nach dem Steuerüberleitungsgesetz bestehende Ermäßigung von 2 v. H. vom zweiten bezw. dritten Kinde an ist fortgefallen. Mindestens bleiben folgende feste Beträge steuerfrei:

für die Ehefrau 120 RM. jährlich (10 RM. monatlich),
für das erste Kind 120 RM. jährlich (10 RM. monatlich),
für das zweite Kind 240 RM. jährlich (20 RM. monatlich),
für das dritte Kind 480 RM. jährlich (40 RM. monatlich),
für das vierte und jedes folgende Kind je 600 RM. jährlich (50 RM. monatlich).

Durch die Verbindung von zwei Systemen soll sowohl den kleinen wie den größeren Lohnsteuerpflichtigen Rechnung getragen werden. Die Frage, welches System für die Berücksichtigung der Familienverhältnisse anzuwenden ist, ist danach zu entscheiden, ob das System der prozentualen Ermäßigungen oder das System der festen Abzüge für den Arbeitnehmer im einzelnen Falle in seiner Gesamtheit günstiger wirkt.

Die Arbeitgeber müssen sich schon jetzt auf die Änderungen einstellen, damit sie in der Lage sind, den Steuerabzug vom 1. Oktober 1925 ab richtig zu berechnen. Die Einzelheiten der neuen Regelung ergeben sich aus einem Merkblatt, das bei den Finanzämtern unentgeltlich abgeholt werden kann. Weiter ist eine Steuerabzugstabelle in Arbeit, aus der der Steuerabzug abgelesen werden kann. Sie wird demnächst fertiggestellt werden. Es ergeht darüber noch besondere Benachrichtigung.

Der Reichsrat zur Sozialbelastung der Wirtschaft

Der Reichsrat hat kurz vor seiner Vertagung durch eingehende Gesetze die Leistungen in der Unfallversicherung, Invaliden- und Angestelltenversicherung erheblich erhöht, namentlich gilt dies von der Unfallversicherung, bei der die Renten weit über den Stand vor dem Kriege erhöht worden sind. Natürlich bedingen diese Erhöhungen in den Leistungen bedeutende Beitragsverpflichtungen. Der Reichsrat hat zwar den betreffenden Reichstagsbeschlüssen zugestimmt, seine lebhaften Bedenken über in einer Erklärung niedergelegt, in der es heißt:

„Der Gesetzentwurf enthält eine Mehrbelastung der Wirtschaft und zwar in einem Zeitpunkte, in dem sie es am wenigsten ertragen kann. Der Reichsrat hatte schon gegen die ursprüngliche Vorlage der Reichsregierung wegen der Belastung der Wirtschaft erhebliche Bedenken, die durch die Beschlüsse des Reichstages noch wesentlich verstärkt worden sind. Wenn schon eine erhebliche Mehrbelastung der Wirtschaft durch die Aufwertung der Renten in der Unfallversicherung nicht zu vermeiden war, so wäre es wünschenswert gewesen, die Wirtschaft in anderen Punkten der Vorlage zu entlasten, wo eine Ersparnis ohne schwerwiegende Bedenken möglich war, was aber nicht geschehen ist. Der Reichsrat hält es für dringend erforderlich, daß bei künftigen Gesetzesvorlagen mit allen Mitteln darauf Bedacht genommen wird, daß von allen gesetzgebenden Stellen die Gesamtbelastung der deutschen Wirtschaft, wie sie sich aus der Steuererhebung, der Sozialgesetzgebung, dem Dawes-Gutachten und der bevorstehenden Steigerung der Renten ergibt, gebührend berücksichtigt wird, um die Gefahr eines Zusammenbruchs der Wirtschaft zu vermeiden und ihre Erfüllung und Fortführung der sozialen Aufgaben und Leistungen zu ermöglichen. Dieses Ziel wird erreicht werden können, wenn im Zusammenwirken der beteiligten Reichsstellen sorgfältig abgewogen wird, welche Grenzen bei einer Belastung der Wirtschaft innegehalten werden müssen, und wenn sich die Reichsregierung im rechtzeitigen Benehmen mit den maßgebenden Parteien des Reichstages dafür einsetzt, daß diese Grenzen nicht überschritten werden.“

* Die aussenpolitische Lage und die Deutschnationalen

Die Deutschnationalen sorgen selbst dafür, daß diese Überschrift in der politischen Presse häufiger angewandt werden muß; denn, solange sie jetzt in der Reichsregierung sitzen, haben sie oder doch größere Teile von ihnen von Zeit zu Zeit gegen die Außenpolitik des Kabinetts anzukämpfen versucht. Und, wie gemeldet wird, ist auch jetzt wieder ein solcher „Sturm“ im Gange.

Wenn nicht unvorhergesehene Zwischenfälle passieren, ist ziemlich sicher damit zu rechnen, daß bei der in etwa vierzehn Tagen stattfindenden Besprechung der alliierten Außenminister mit dem deutschen Reichskanzler und seinem Außenminister eine grundsätzliche Einigung über den Sicherheitspakt erzielt werden wird. Es wäre dann Sache der Deutschnationalen, das Zustandekommen und das Unterzeichnen dieses Pakts zu billigen und vor ihren Wählern zu vertreten. Damit eine solche Billigung durch die größte Partei der z. B. regierenden Koalition von vornherein besonders stark in die Erscheinung tritt, hat man gewünscht, daß auch der den Deutschnationalen angehörende Reichsinnenminister, Herr Schiele, mit zu der Konferenz reist. Doch wird es dazu wohl nicht kommen, eben weil bereits im deutschnationalen Lager wieder eine Agitation gegen den Sicherheitspakt, wie überhaupt gegen die ganze Außenpolitik des Reichskabinetts eingeleitet hat.

Durch die bisherigen Erfahrungen gewöhnt, möchten wir aber heute schon warnen, dieser Agitation eine zu große Bedeutung beizumessen. Und deshalb sind auch die Beschuldigungen der deutschvolksparteilichen Presse an die Adresse der Deutschnationalen viel zu scharfe Druckmittel. Die deutschvolksparteilichen Blätter brauchen den Deutschnationalen wirklich nicht erst zu sagen, daß, wenn sie jetzt eine Regierungskrise heraufbeschwören, dann die „große Koalition“ mit dem Sozialdemokraten wiederkommen müsse. Denn wir sind überzeugt davon, daß die ganze Entrüstung, die in einem Teil der deutschnationalen Presse vorgetragen wird, nur taktische Zwecke verfolgt: man will die besonders steifnackigen Mitglieder der Partei, denen der Sicherheitspakt gefühlsmäßig allerdings zuwider ist, dadurch beruhigen, daß man so tut, als ob man ihre Gefühle vollkommen teilt; und hernach, wenn der Unfall vollzogen ist, wird man ihnen schon klar machen, daß die höheren Interessen der Partei ein Einschweigen verlangen.

Ständig muß die deutschnationalen Parteileitung die Tatsache berücksichtigen, daß ach! zwei Seelen in der Brust der Partei wohnen. Die eine Seele ist ganz und gar einseitig und doktrinär, und nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch von nationalistischen Impulsen getrieben. Dieser Seele ist es schließlich gleichgültig, ob die Partei in der Regierung sitzt oder nicht, wenn nur die Prinzipien hochgehalten werden. Die andere Seele aber begnügt sich außenpolitisch und in dem, was man in jenen Kreisen „nationale Politik“ nennt, mit dem kräftigen Wort und der imposanten Theorie, beugt sich aber gern „höheren Notwendigkeiten“, wenn das Machtinteresse der Partei auf dem Spiele steht. Und dieses Machtinteresse gebietet eben zurzeit, daß die Partei in der Reichsregierung drinbleibt.

Bisher haben sich auch immer noch die frondierenden Teile der Partei — vielleicht mit Ausnahme jener Wähler, die schon mehr deutschvolksparteilich als deutschnational sind — der besseren Einsicht der zweiten Seele gefügt. Und das ist wohl auch jetzt anzunehmen. Gewiß wird man auf die Gefühle der deutschnationalen Gegner des Sicherheitspakts Rücksicht nehmen und unter irgendeinem Vorwande den Reichsinnenminister, Herrn Schiele, nicht mit nach der Schweiz reisen lassen. Aber im übrigen werden die deutschnationalen Parteifunktionäre schon dafür sorgen, daß allen Wählern zum Bewußtsein gelangt, wie groß die Gefahr für die Außenpolitik der Partei sein könne, wenn man jetzt Opposition gegen den Sicherheitspakt anmeldet und so eine Regierungskrise herbeiführt; alles dieses in einem Augenblick, in welchem die eine der Koalitionsparteien im Reich, das Zentrum, einer starken Belastungsprobe wegen dieser seiner Koalitionspolitik ausgesetzt ist.

Die Deutschnationalen wissen ganz genau, daß, wenn auch die Politik Dr. Wirths keineswegs für die Gesamtpartei des Zentrums maßgebend werden kann, doch die Teilnahme der Zentrumsfraktion an der Zollgesetzgebung und an einer Koalition mit den Deutschnationalen von recht weiten Kreisen des Zentrums mit lebhaftem Unmut ertragen wird, sobald eine Ungeschicklichkeit oder gar ein

deutschnationaler Affront sehr leicht die Koalition auseinanderprengen kann.

Andererseits können die Deutschnationalen mit dem, was sie bisher innerpolitisch, und zwar vor allem auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, erreicht haben, mehr als zufrieden sein. Und das werden auch die deutschnationalen Wähler allmählich ganz gut einsehen. Man muß sich von dem kindlichen Glauben, daß die Deutschnationalen unter allen Umständen die Monarchie haben wollen, durchaus befreien. Werden im Rahmen einer Republik die ganz bestimmten wirtschafts-, sozial- und verwaltungspolitischen Wünsche der Deutschnationalen verwirklicht, gelingt es ihnen, auf der Grundlage der Republik den größten Teil der alten Privilegien wieder zu erobern, so werden sie sich mit dieser Republik als äußerlicher, verfassungsrechtlicher Form sehr bald abfinden. In der Weltgeschichte hat es schon oft konservative und aristokratische Republiken gegeben.

Die Deutschnationalen werden also zweifellos im Hinblick auf ihre ganz anderen wichtigeren Ziele über den feinen Fäden der Außenpolitik nicht stolpern wollen. Ihr Bestreben geht vielmehr ganz klar darauf hin, solange als möglich an der Macht zu bleiben und diese Machtposition so gut auszunutzen, daß bei dem unausbleiblichen Kampf zwischen ihnen und den echten, d. h. demokratischen Republikanern, von vornherein recht viele Pluszeichen auf ihrer Seite sind.

Eine Rede Churchills

In einer Rede in Birmingham teilte der englische Schatzkanzler Churchill mit, daß die französische Regierung eingewilligt habe, jährlich 12½ Millionen Pfund Sterling als Schuldentragung an Großbritannien gemäß dem britisch-französischen Schuldenabkommen zu zahlen. Churchill sagte in seiner Rede weiter, die Moskauer Propagandisten hätten sich das britische Reich als Hauptziel ihrer Bosheit ausgesucht. Die gegenwärtige britische Regierung besitze ein großes Maß tüchtigen gesunden Menschenverstandes und Mäßigungen gegenüber allen verfassungswidrigen Bestrebungen. Die Regierung sei entschlossen, den verhältnismäßigen Mittelweg einzuschlagen, um die allgemeine Wiederherstellung zu erreichen, nicht nur auf dem Gebiete der auswärtigen Politik und der Wirtschaftspolitik, sondern auch in der inneren Politik. Es sei der nicht mißverständliche, ausdrückliche Wunsch der britischen Nation, auf eine Politik des Friedens, der Geduld und der Beherrlichkeit gerichtet. Diese Politik würde darauf abzielen, die Bedingungen zu schaffen, welche die besten Aussichten für eine allgemeine Erholung, Beruhigung und Gesundung der Welt bildeten. In den auswärtigen Angelegenheiten bestesse die Politik der Regierung in einer sehr praktischen Vermittlung, den Streit zwischen Deutschland und Frankreich zu beenden, und mit Hilfe Großbritanniens die großen Nationen des Westens zu dauernder und harmonischer Zusammenarbeit zu bringen, nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch, wie er hoffe, in sehr hohem Maße auf wirtschaftlichem Gebiete. Eine solche auswärtige Politik werde von den Anhängern aller Parteien als beste Garantie für die Verhinderung eines neuen schrecklichen und vernichtenden Krieges angesehen.

Neue Offensive in Marokko

Die französischen Truppen haben, wie Havas meldet, auf Neue den Vormarsch begonnen und sind in drei Kolonnen gegen das Bergmassiv von Tibane vorgerückt, das von den Miffabulen stark besetzt war. Nach einem plötzlich durchgeführten Vorstoß mit Hilfe von Tanks wurde der Gebirgsstod genommen.

Die Spanier melden, daß sie nach hartem Kampf die Posten von Gudia Zahar vor Tetuan, der von Rabalen besetzt war, erobert haben. Weiter wird von heftigen Kämpfen in der Tanagerzone berichtet. Die drei erwachsenen Söhne des früheren Verrückten des Sultans in Tanger, der zu einer der ersten Familien in Fez gehörte, sind erschunden. Man glaubt, daß sie sich zu Abd el Krim begeben haben, um sich ihm anzuschließen.

Die österreichischen Journalisten in Frankfurt am Main. Die auf einer Studienreise durch Deutschland begriffenen deutschen Journalisten trafen Mittwoch mittag, von Heidelberg kommend, in Frankfurt ein. Sie folgten einer Einladung der Stadt zu einem Frühstück im Römer, wobei Oberbürgermeister Dr. Landmann sie begrüßte. Die offenbar nunmehr gesicherte Durchführung der Rhein-Main-Donau-Projekte sei für alle ein Symbol, das, wie bei den Ableitungen einst vor Hunderten von Jahren, der Zug des deutschen Herzens wieder zu unseren österreichischen Stammesbrüdern gehe. Als Vertreter der österreichischen Presse feierte Schulz von der „Wiener Arbeiterzeitung“ Frankfurt als die Geburtsstätte des größten deutschen Genius Goethe und als Trägerin der großdeutschen Idee. Er gab der großen Sehnsucht Österreichs nach Vereinigung mit dem deutschen Stammlande Ausdruck, die trotz aller Hindernisse kommen müsse.

Die fällige Reparationsrate. Der Generalagent für Reparationszahlungen teilt mit: Die Reichsregierung hat den am 15. September fälligen Betrag von 80 Millionen Goldmark als erste Rate der im zweiten Jahr des Sachverständigenplans zu leistenden Annuität heute bezahlt. Die Zahlung erfolgte durch Abwertung des Gegenwertes in Reichsmark auf das Konto des Generalagenten für Reparationszahlungen bei der Reichsbank.

Die Anleihe-Aufwertung

Anmeldefrist 5. Oktober bis 28. Februar

Im Reichsgesetzblatt ist die Verordnung des Reichsfinanzministers veröffentlicht, welche die Durchführung der Ablösung deutscher öffentlicher Anleihen regelt. Das sehr umfangreiche Gesetz umfaßt nicht weniger als 59 Paragraphen und hat bereits eine Ergänzung durch eine Ausführungsverordnung erfahren, die gleichzeitig zur Veröffentlichung gelangt. Nach den neuen Bestimmungen sind folgende drei Verfahren streng zu scheiden: der Umtausch, der Erwerb von Auslosungsrechten und endlich die Erlangung von Vorzugsrenten.

Der Umtausch. Wer seine Anleihen in Ablösungsschuld des Reiches umwandeln will, muß durch besonders dazu bestimmte Vermittlungsstellen zwischen dem 5. Oktober 1925 und dem 28. Februar 1926 seinen Besitz anmelden. Die Anmeldung kann erfolgen bei jeder öffentlichen Kreditanstalt, jeder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkasse, den meisten Kreditgenossenschaften und jedem privaten Bankgeschäft, dessen Inhaber im Handelsregister eingetragen ist. Stille, die im Depot der Reichsbank lagerten, können auch durch die Reichsbank angemeldet werden. Der Anmeldung sind die Wertpapiere beizufügen und, sofern man ein Auslosungsrecht beantragt, auch ein Verzeichnis der eingereichten Stille. Von diesen Vermittlungsstellen, die für ihre Tätigkeit Gebühren nicht beanspruchen dürfen, werden die Umtauschanträge gesammelt an die sogenannten Anmeldestellen weitergeleitet, die durch die Reichsbank und ihre Zweiganstalten gebildet werden. Die Anmeldestellen ihrerseits geben ihre Anforderungen an die Reichsschuldenverwaltung weiter. Von dieser empfangen sie dann die Stille der Ablösungsschuld und leiten sie an die Vermittlungsstelle zurück. Wer Vorzugsrente beantragt, darf natürlich keine Anleihe nicht in Ablösungsschuld umtauschen. Einfacher haben es solche Anleihebesitzer, die im Schuldbuch des Reiches oder der Länder eingetragen sind. Bei ihnen wird der Umtausch in Ablösungsschuld von Amtswegen durch Umschreibung in das neue Schuldbuch vollzogen.

Erlangung des Auslosungsrechts. Erheblich komplizierter gestaltet sich die Erlangung des Auslosungsrechts, das in der gleichen Frist wie die Anmeldung bei der Vermittlungsstelle beantragt werden muß. Den Antrag kann außer dem Eigentümer auch der Vermögensverwalter stellen (nicht der Zwangsverwalter ausländischer Vermögen). Der Antrag muß die Tatsache angeben, warum Altbesitz vorliegt, ferner muß er mitteilen, ob Schuldbucheintragungen vorhanden sind und ob noch andere Anträge auf Auslosungsrechte gestellt sind. Natürlich liegt dem Antragsteller die Beweislast ob. Aber er kann den Beweis auf jede Weise führen. Am besten sind natürlich Nummernverzeichnisse geeignet. Die Beweismittel sind im Antrage anzuführen, wenn möglich ihm sogar beizufügen. Damit der Beweis geführt werden kann, werden Banken und Bankiers zu schriftlicher Auskunft verpflichtet, sofern ihnen die Auskunft möglich ist und zugemutet werden kann. Auch muß die Auskunft prinzipiell gebührenfrei gewährt werden. Nur falls außergewöhnliche Müheerhaltung erforderlich ist, oder die Mühe zum Objekt in argem Mißverhältnis steht, kann die Bank Gebühren erheben. Den Antrag mit den Beweismitteln leitet die Vermittlungsstelle an besondere Altbesitzstellen weiter, die beim Finanzamt für die direkten Steuern gebildet sind. Diese Altbesitzstellen prüfen die Anträge und veranlassen Ergänzungen. Sie haben das Recht, dem Antragsteller den Eid abzunehmen und eidliche Vernehmung von Auskunftspersonen durch das Amtsgericht anzuordnen. Auch die Geschäftsbücher müssen ihnen vorgelegt werden. Sie entscheiden jedoch nicht selbständig über das Schicksal des Antrages, vielmehr machen sie dem Reichskommissar für die Ablösung des Anleihe-Altbesitzes einen Vorschlag, auf Grund dessen dieser entscheidet. Allerdings hat der Kommissar das Recht, die Entscheidung den Altbesitzstellen zu übertragen. Diese Entscheidung muß dem Antragsteller schriftlich mitgeteilt werden. Eine Ablehnung, vor der erst die Ergänzung erstrebt werden soll, ist zu begründen.

Will sich der Antragsteller mit der Ablehnung nicht zufrieden geben, so kann er Beschwerde innerhalb zwei Wochen einlegen. Entweder kann dann die Altbesitzstelle die Beschwerde für begründet erklären und ihre Entscheidung bezw. ihren Vorschlag ändern, oder sie muß die Beschwerde an den Reichskommissar weiterleiten. Gegen eine Zurückweisung durch den Reichskommissar ist endlich noch Beschwerde bei der Reichsschuldenverwaltung möglich.

Anspruch auf Vorzugsrente. Wer eine Vorzugsrente beansprucht, muß einen Antrag bei der Fürsorgestelle seines Bezirkes einreichen. In diesem Antrag muß er über seine Staatsangehörigkeit und insbesondere über seine Einkommensverhältnisse Auskunft geben, ferner auf die Gewährung von Auslosungsrechten für den Fall der Annahme des Antrages verzichten. Die Bezirksfürsorgestelle prüft den Antrag und legt ihn einem Ausschuss vor, in dem neben der Bezirksfürsorgestelle das Versorgungsamt vertreten ist. Die Entscheidung des Ausschusses wird wiederum dem Antragsteller zugestellt, seine Beschwerde geht an den Oberausschuss. Die Reichsschuldenverwaltung folgt, wenn dem Antrage stattgegeben ist, und nachdem die Gewährung eines Auslosungsrechtes ausgeschlossen ist, die Rentenurkunde aus; sie überträgt später, ob die Vorzugsrente erlischt und überweist, wenn das Erlöschen festgestellt ist, dem Berechtigten das ihm dann zustehende Auslosungsrecht.

Für das Ausland, das Saargebiet usw. sind noch besondere Regelungen vorgesehen. Ferner wird vom Gesetz unter Strafe gestellt, wer die Auskunft verweigert. Aber auch der macht sich strafbar, der in irrendweiliger Weise dazu beiträgt, daß frühere Besitzer von Kriegsanleihen, die inzwischen ihre Stille veräußert haben, sich wieder in den Besitz der gleichen Stille setzen. Es ist klar, daß durch eine solche Erleichterung von Altbesitz, wie sie die Konstruktion des Gesetzes an und für sich möglich macht, der Kreis der Altbesitzer eine ungeheure Erweiterung erfahren würde.

Deutsch-polnische Vorbesprechungen zu Handelsvertragsverhandlungen. Gemäß der im Juli d. J. getroffenen Vereinbarung wurden die Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages am Mittwoch in einer gemeinsamen Sitzung der beiderseitigen Delegationen im Auswärtigen Amt in Berlin wieder aufgenommen. Beide Seiten wünschten, möglichst bald zu einer Verständigung zu gelangen, wobei der deutsche Bevollmächtigte, Dr. Lewald, betonte, daß auf deutscher Seite der Abschluß eines definitiven Handelsvertrages angestrebt werde, während der polnische Bevollmächtigte, Pradzyński, den Abschluß eines Protokolls als Vorstufe zum definitiven Handelsvertrag vorschlug. Es wurde vereinbart, vor Beginn der offiziellen Sitzungen im Wege unverbindlicher Besprechungen zwischen je zwei von beiden Delegationsführern ernannten Vertretern das aus den früheren Verhandlungen vorliegende Material zu prüfen und eine Klärung der bestehenden Differenzpunkte vorzubereiten.

Zurückgezogenes Pakistum. Nach einer Meldung aus Washington wurde das dem kommunistischen englischen Unterhausmitglied Sallatava für die Einreise in die Vereinigten Staaten zur Teilnahme an der Tagung der Interparlamentarischen Union in Washington erteilte Visum für ungültig erklärt. Das ist auf die Sallatava innerhalb und außerhalb des englischen Parlaments gehaltenen aufrührerischen Reden erfolgt. Der amerikanische Staatssekretär Kellogg erklärte: „Ich glaube nicht, daß wir Ausländer in unser Land hineinlassen sollen, damit sie Aufruhr predigen“.

Der 6. deutsche Bankiertag

Der 6. deutsche Bankiertag, der in Berlin zusammengetreten ist, hat eine Reihe bedeutsamer Beschlüsse gebracht. Der Präsident der Preussischen Staatsbank, Schröder führte aus, der Vorwurf, daß zu viele Gelder, namentlich kurz nach der Inflation, in öffentlicher Hand gehalten wurden, sei unberechtigt. Die Beträge seien erheblich überschätzt worden. Gegenwärtig stünden etwa 5 Milliarden Mark Kredit wieder zur Verfügung, während schätzungsweise 1200—1300 Millionen Mark öffentliche Gelder festliegen. Es sei dem Reichsfinanzministerium gelungen, die beteiligten Stellen des Reiches und der Länder zu verpflichten, für ihre Gelder 7 1/2 Prozent Zinsen zu nehmen. Lediglich die Post verbleibe bei einem Zinssatz von 8 Proz. Zeit sei es auch Aufgabe der Privatbanken, zu prüfen, wie eine Verbilligung der Bankkonditionen zu bewerkstelligen sei.

Im Verlauf der Diskussion sprach auch der Präsident Dr. Kleiner vom Deutschen Sparlassen- und Giroverband. Er führte aus, von den 8000 Kassenstellen des Verbandes beschäftigten sich keineswegs alle mit Kreditgeschäften. Man strebe an, daß die Sparlassen sich in ihrem Personalverhältnis auch auf ihren örtlichen Geschäftsbericht beschränken. In erster Linie sollten sie Mittelstandskredite geben.

Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Es wird eine endgültige Abkehr von der jetzigen Steuerpolitik gefordert. Notwendig ist eine allgemeine Senkung des Satzes der auf Grund des Steuerüberleitungsgesetzes zu entrichtenden Vorauszahlungen. Es wird anerkannt, daß auch im Bankgewerbe Verbesserungen möglich sind. Insbesondere muß bei Kreditgewährung von Bankseite mehr als bisher zwischen Kredit zu volkswirtschaftlich notwendigen und volkswirtschaftlich entbehrlichen Zwecken entschieden werden. Wesentlich werden die Lasten der Banken durch die zu große Zahl Wettbewerber erhöht. Die in den letzten Jahren erfolgten umfangreichen Neugründungen staatlicher, kommunaler und gemischt wirtschaftlicher Banken haben die Überfüllung des Berufes verschärft. Es muß daher dringend gefordert werden, daß dieser Entlohnung Einhalt geschieht.

In einer weiteren Entschließung heißt es: In Deutschland die wiederhergestellte stabile Währung zu halten und vor erneuter Gefährdung zu schützen ist das wichtigste gemeinsame Interesse aller Wirtschaftskreise. Der Bankiertag stimmt deshalb der von der Reichsbank durchgeführten Abwehr der Kreditvermehrung zu. Die übermäßige Verschuldung an das Ausland läßt dauernd einen Druck auf unsere Währung aus. Die Verminderung dieses Drucks ist notwendig. Eine der wichtigsten Zukunftsfragen der deutschen Wirtschaftspolitik ist die Verminderung der Abhängigkeit unserer industriellen Produktion von der Einfuhr ausländischer Rohstoffe. Die Bestrebungen auf Wiedererlangung geeigneten überseeischen Kolonialbesitzes müssen daher auf tatkräftigste unterstützt werden.

Rudolf Vö, Mitinhaber des Hauses Mendelssohn & Co., ergriffte ein sehr ausführliches Referat über das Thema: „Auslandskredite und Auslandsbeteiligung in der deutschen Wirtschaft“. Der Referent sieht zu übermäßigem Optimismus keinen Anlaß; denn die Entwicklung habe zwar bisher noch keineswegs aus den Gefahren heraus — aber doch immerhin schon ein gutes Stück von dem fast unausweichlich scheinenden Sturz in den Abgrund hinweggeführt. Man dürfe ausländische Kredite nicht beantragen, insofern sie zur Erreichung der Vollkommenheit des notwendigen Produktionsapparates und zur Inangabringung der notwendigen Produktion unentbehrlich seien. Der Redner führte weiter aus, daß die Summe der deutschen schwebenden Schuld an das Ausland zwar keine effektive Gefahr darstelle, aber erheblich zu hoch sei, und daß es unser aller Bemühen sein müsse, auf ihre Verminderung hinzuwirken. In diesem Zusammenhang ergebe sich die Notwendigkeit, die Bildung erhöhter deutschen Sparfonds zu wenig wie möglich zu behindern. Der Redner glaubt, daß im allgemeinen größere Garantien für die Beschränkung der Kreditnahme auf nur solche Fälle, in denen ein entsprechender Ertrag zu erwarten ist, dann gegeben sind, wenn das Geld in die Privatwirtschaft geht und von der Privatwirtschaft geschuldet wird, als wenn es in den Besitz von Stellen kommt, welche wissen, daß nicht sie die Schulden zahlen, daß sie vielmehr aus Steuern gezahlt werden. Die Möglichkeit der Aufnahme von Anleihen durch die Kommunen müsse daher mit größter Schärfe geprüft werden. Als erwünschteste Form der ausländischen Beteiligung sei diejenige in deutschen Aktien anzusehen, und es konnte uns nichts Besseres widerfahren als das Erwerben eines lebhafteren Interesses der Ausländer für unsere Börse und unsere Wertsverhältnisse.

In der Schlussitzung am Mittwoch wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Der Bankiertag erachtet den weiteren Ausbau der Einrentensteuer für Anschaffungsgegenstände in Wertpapieren für unabwendlich und richtet an die Reichsregierung die dringende Aufforderung, in diesem Sinne von der ihr durch das Gesetz erteilten Ermächtigung alsbald Gebrauch zu machen. Die beabsichtigte Wiedereinführung des Effekten-Terminhandels ist sowohl eine technische, als auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Im Interesse der Reubelegung des erschütterten Vertrauens zu den inländischen festverzinslichen Werten empfiehlt der Bankiertag die Ausdehnung des Zulassungserfahrens und Prospektzwanges auf die Anleihen des Reiches und der Länder und die sonstigen inländischen öffentlich-rechtlichen Körperlichkeiten. Der Deutsche Bankiertag hält heute, wo die deutsche Währung noch des Schutzes bedarf, es für bedenklich, deutsches Kapital in erheblichem Umfang dem Anlauf von Effekten an ausländischen Börsen zuzuführen.

Im Ostausch der Preussischen Landtages ging am Mittwoch der Regierungsvertreter von Vosth eingehend auf die Siedlungsfrage ein. Neue Mittel für die Ansiedlung der Ostanten seien erforderlich. Am 1. November d. J. seien rund 500 landwirtschaftliche Ostanten zu erwarten, am 1. Juni 1926 1500 landwirtschaftliche Arbeiter. In Frage kämen für landwirtschaftliche Ostanten 1800 Familien. Dafür seien nötig 100.000 Morgen Land und etwa 30 Millionen Mark. Fehlendes Geld müsse den Ostanten auf dem Wege der Zinssenkung gegeben werden. In der Debatte sprach der Abg. Fische (D. Vp.) die Notwendigkeit der Siedlungen, für die in den ausgemieteten Ostanten wertvolles und eingearbeitetes Menschennaterial vorhanden sei. Es empfehle sich eine Siedlung durch freiwillig zusammengeschlossene Siedlungsgenossenschaften. Abg. Dr. Kauffold (Dnt.) betont, daß es an Land nicht fehle. Die Siedlungsgenossenschaften müßten nur das Land, das sie in den Händen hätten, preiswert herausgeben.

De Monzie über seine Reise nach Berlin. Der französische Kultusminister De Monzie, der am Mittwoch nach Paris zurückgekehrt ist, äußerte sich über seine Reise nach Berlin. Er erklärte, er glaube, daß sogar Painlevé und Briand von dieser Reise befriedigt seien, was wichtiger sei, als wenn er selbst befriedigt sei. Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, hat De Monzie nach seiner Rückkehr nach Paris erklärt, daß die in der Presse erschienenen Nachrichten — er habe in Berlin eine Unterredung mit dem Sowjetbotschafter und anderen Persönlichkeiten über die russischen Schulden gehabt — jeder Begründung entbehren.

Statist. Jahrbuch f. das deutsche Reich 1924/25

Vom Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924/25 (Jahrgang 44) im Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin SW 48, erschienen. Dieses bekannte, vom Statistischen Reichsamte herausgegebene Nachschlagewerk ist einer völligen Umarbeitung unterzogen worden und hat gegenüber den früheren Jahrgängen eine starke Erweiterung erfahren. Im Hauptteil werden auf 409 Seiten wieder sämtliche wichtigeren Gebiete des deutschen Wirtschaftslebens behandelt. In einer Fülle von Übersichten, die bis auf die neueste Zeit fortgeführt sind, wird berichtet über: Gebietsenteilung und Bevölkerung, Land- und Forstwirtschaft, Viehwirtschaft und Veterinärwesen, Gewerbe und Produktion, Handel und Verkehr, Preise, Löhne und Arbeitsmarkt, Verbrauch, Geld- und Kreditwesen, Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften (einschl. Genossenschaften), Versicherungswesen, Finanzwesen, Unterrichts- und Justizwesen, Reichswehr und Reichsmarine, Reichswahlen, Berufsvertretungen, Wettbewerbe. Als Anhang ist dem Buche wieder der Sonderabdruck „Internationale Übersichten“ beigegeben, der auf 180 Seiten erweitert wurde und einen umfangreichen Überblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Auslandes vermittelt. Weiterhin sind noch 8 Tafeln mit graphischen Darstellungen beigegeben, sowie erstmals 19 Tafeln mit veranschaulichten „Internationalen Wirtschaftszahlen“, in denen alle für die Konjunkturbeurteilung der großen Welt handelsländer wesentlichen Faktoren zu einem Gesamtbilde zusammengestellt sind. Das Buch, dessen Preis 4 RM. beträgt, ist über 600 Seiten stark.

Kurze Nachrichten

Reichspräsident von Hindenburg ist heute, Donnerstag vormittag, nach dem Ruhrgebiet abgereist. Anlässlich des Besuchs des Reichspräsidenten veröffentlichte die Essener und die Bochumer Blätter herzlich geballene Begrüßungsartikel zum Teil mit dem Bilde des Reichspräsidenten.

Dr. Otto Mugdan 4. Der Arzt und Politiker Geheimrat Dr. Otto Mugdan ist in Berlin, im Alter von 63 Jahren gestorben. Dr. Mugdan, der der demokratischen Partei angehört hatte, später aber zur Deutschen Volkspartei übergetreten war, war nicht nur in der ärztlichen Standesbewegung führend tätig, sondern auch lange Jahre hindurch einer der rührigsten Berliner Politiker, sowohl im Reichstag, als auch im Preussischen Abgeordnetenhaus und im Berliner Stadtparlament.

Der sächsische Kronprinz im Jesuitenorden. Der „Kreuzzeitung“ zufolge in der frühere Kronprinz von Sachsen dem Jesuitenorden beigetreten.

Um das Reichsjustizgesetz. Über den weiteren Verlauf der Besprechungen der Vertreter der Länderregierungen über den Reichsschuldenbesitzurteil weiß die „Vossische Zeitung“ zu melden, daß infolge der Schwierigkeiten, die bestehenden Gegensätze zwischen der westlichen und östlichen Schulauffassung zu überbrücken, die Ländervertreter keine Fortschritte zu finden vermochten, in die der als unverbindlich bezeichnete Entwurf gegossen werden konnte.

Verhaftung wegen Landesverrats. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Leipzig ist der frühere Sekretär der Gemeinschaft proletarischer Freidenker, Karl Otto Wolf, wegen einer Broschüre „Krieg dem Kriege“ unter der Besuldigung des Landesverrats verhaftet worden. Die Schrift war bereits vor einigen Tagen beschlagnahmt worden.

Der Eisenbahnerkonflikt. Im Reichsarbeitsministerium beschäftigt man sich erneut mit der Lage im Eisenbahnerkonflikt. Bisher ist eine Verbindlichkeitsklärung des von der Reichsbahn angenommenen, von den Organisationen beiderseitig abgeleiteten Schiedsspruches noch nicht erfolgt, doch kann diese Maßnahme auf Grund der Initiative des Reichsarbeitsministeriums bereits für die nächsten Tage erwartet werden. Die Reichsbahn wird den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung zunächst nicht stellen.

Der Streik der Gemeinbedarbeiter Frankfurts abgewendet. Der drohende Streik der Gemeinbedarbeiter in Frankfurt ist durch ein Einvernehmen abgewendet worden. Danach sollen die Löhne gegenüber dem Schiedsspruch um 2 Pfennig erhöht werden.

Kardinal Bertram gegen die Rechtsorganisationen. Der Breslauer Fürbischof Kardinal Bertram bringt als Vorsitzender der Jubilar Bischofskonferenz eine bereits früher erlassene Warnung vor Rechtsorganisationen, wie Stahlhelm u. Jungdeutscher Orden, in Erinnerung. In der Mitteilung des Kardinals heißt es: Wenn Bedenken gegen solche sogenannten vaterländischen Verbände ausgesprochen werden, so bedeutet das nicht eine neutrale Stellungnahme, sondern eine direkte Warnung. Das Episkopat kann es nicht dulden, daß Geistliche sich an diesen Verbänden beteiligen.

Lloyd George über die Gründe der Arbeitslosigkeit. Lloyd George sagte in einer Rede in Exeter, in ganz Europa sei der Handel schlechter, aber er müsse auf die Tatsache hinweisen, daß die Länder, die ihre Landwirtschaft nicht vernachlässigt haben, nicht entfernt so unter der Arbeitslosigkeit litten wie England, nicht einmal Deutschland, obwohl dort die Lage sehr schlecht sei.

Painlevé und der Beamtenverband. Der französische Ministerpräsident Painlevé hat am Mittwoch in Paris den Vorstand des Beamtenverbandes empfangen und ihm versprochen, beim Wiederzusammentritt des Parlaments 120 Millionen Franken Zusatzkredite zu beantragen, um die neue Schallatava schon für das Haushaltsjahr 1925 zur Anwendung zu bringen. Außerdem hat Painlevé die Möglichkeit in Auge gefaßt, die Lage der Beamten durch Zahlung eines Vorzuschusses bis zur Abstimmung des Parlaments zu bessern.

Zum Landesreformgesetz Lloyd Georges. Die Londoner „Daily Sketch“ glaubt, daß sich hinter dem Landesreformgesetz Lloyd Georges der Plan des ehemaligen Premierministers verbirgt, eine neue Zentrumspartei zu bilden, die eine Erneuerung der alten konservativ-liberalen Koalition in anderer Form sein würde. Lloyd George hoffe, dies durch Gewinnung konservativer Wähler auf dem Lande zu erreichen.

Die Beschlagnahme der Marienbader Bäder. Nach einer Blättermeldung aus Prag hat der deutsche Senator Dr. Lebedour in Genf im Sekretariat des Völkerverbundes ein Memorandum der deutschen Parteien in der Tschecho-Slowakei übergeben, in welchem gegen die widerrechtliche Beschlagnahme der Marienbader Bäder durch das tschechische Vademont Beschwerde geführt wird.

Attentat auf den Präsidenten von Mexiko. Nach Blättermeldungen sprang, als der Präsident von Mexiko, Calles, das Stadion von Mexiko betrat, ein unbekannter Mann von der Galerie. Beim Auffspring auf den Boden erfolgte eine Explosion, wobei der Mann in Stücke gerissen wurde. Der Präsident blieb unversehrt. Es wird angenommen, daß der Attentäter eine Bombe bei sich trug, die beim Auffspringen auf den Boden explodierte.

Japan kehrt zum Goldstandard zurück. Der erste Schritt zur Rückkehr Japans zu einem tatsächlichen Goldstandard wird — nach einer Kabelmeldung aus Tokio — in der nächsten Woche unternommen werden. Vier Millionen Goldbarren werden von der Bank von Japan an die Bundesreservbank in New York versandt werden. Weitere Verschiffungen werden voraussichtlich folgen, um Mittel zur Festigung der japanischen Währung bereitzustellen.

Badischer Teil

Zudering des Weines

Der Herbstwein 1925

Über den zu erwartenden Herbstausfall liegen zurzeit keine zuverlässigen Nachrichten vor.

Zunächst ist damit zu rechnen, daß zahlreiche Moste bezw. Weine verbesserungsbedürftig sein werden. Soweit aber eine Zudering als notwendig erachtet wird, muß dabei bedacht werden, die Verbesserung nach eigenem Gütewillen vorzunehmen. Unter allen Umständen empfiehlt es sich, zuvor den Rat der landw. Versuchsanstalt Augustenberg einzuziehen, schon um sich vor einer etwaigen Bestrafung wegen Übertretung des § 3 des Weingefetzes zu schützen. Die Misch-, Traubenmost zu zudern, ist dem Bürgermeisterrat anzugehen; die Zudering selbst darf nur in der Zeit vom Beginn der Weinlese bis zum 31. Dezember vorgenommen werden.

Die Bedingungen, unter welchen die Untersuchung und Begutachtung von Traubenmostproben seitens der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt erfolgen, werden nachstehend mitgeteilt: Ein halbes Liter des Mostes ist in gut verschlossener Flasche unter der Adresse „Landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg, Post Grödingen in Baden“ einzulassen und dabei neben der Erklärung, daß es sich um naturreinen Traubenmost handelt, anzugeben:

1. wann die Trauben gelesen sind, 2. aus welcher Gemarkung die Trauben stammen, 3. ob die Trauben oder Most mit Trauben oder Mosten anderer Rebsorten vermischt worden sind, 4. ob die Lage der Rebstöcke gut, mittel oder gering ist, 5. nach welcher Himmelsrichtung die Rebstöcke liegen, 6. aus welchen Traubenorten der Most gewonnen wurde und 7. wenn verschiedene Traubensorten gelesert worden sind, in welchem Mengenverhältnis diese Traubensorten aneinander gestanden haben.

Der Untersuchungsprobe (frischer Traubenmost) sind zur Verhütung der Gärung auf je 1/2 Liter 5 Tropfen Formalin (40prozentige Formaldehydlösung) oder 10 Tropfen Senföl zuzusetzen. Bereits in Gärung befindlichen Mosten muß die doppelte Menge der genannten Konservierungsmittel beigegeben werden. Das Konservierungsmittel ist durch leichtes Schütteln mit der Flüssigkeit in innige Verbindung zu bringen.

Für die Untersuchung und Begutachtung jeder einzelnen Mostprobe wird:

- a) bei frischem, noch nicht in Gärung gekommenen Mosten eine Gebühr von 3 M.,
- b) bei Mosten, bei denen schon ein Teil des Zuders verloren ist, eine Gebühr von 6 M. erhoben.

Diese Gebühr wird badischen Landwirten, welche nur ihr eigenes Gewächs liefern, um ein Drittel ermäßigt.

Vom Kindererholungsheim auf dem Heuberg

Vertreter der Badischen und Württembergischen Kreise waren dieser Tage eingeladen, das Kindererholungsheim Heuberg zu besichtigen. Den Bemühungen der Frau Oberregierungsrat Dr. Baum im Badischen Ministerium des Innern, unter Mithilfe des Stuttgarter Stadtkarzes Prof. Dr. Gaspary, ist es gelungen, das ganze ehemalige Militärlager für den Verein Kindererholungsheim Heuberg e. V. vom Reich in Pacht zu bekommen. Dafür erhält das Reich jährlich 9200 M. Miete, der Verein muß aber die gesamten Instandsetzungs- und Reparaturkosten selbst bezahlen. Jährlich kommen 10 000 Kinder nach dem Heuberg. Das Lager steht unter der Leitung des früheren preussischen Staatsministers Dominikus und von Geheimrat Wunderlich, Stuttgart. Die Kindererholungsheim Heuberg e. V. ist das größte deutsche Wohlfahrtsunternehmen für Kinder und wurde im Jahre 1920 gegründet. Städte aus dem ganzen deutschen Reich haben sich dem Verein angeschlossen und schicken ihre erholungsbedürftigen Kinder auf die über 800 Meter hoch gelegene Hochfläche der rauhen Alb. 15-20 Kinder bilden unter der Obhut einer Kinderärztin eine Familie. 5 Ärzte und eine Ärztin übernehmen den Dienst.

Prüfung der Redaktionsfrage durch den Lehrsausschuß des Reichstages

Der Verlehrsaußschuß des Reichstages wird, der „N. Bad. Landeszeitung“ zufolge, Ende September eine Prüfung des Redaktionsauftrags von Heilbronn bis Mannheim zur Prüfung der Kanal- und Wehrbauten von Heilbronn, Heidelberg und Mannheim vornehmen. Es dürfte bei dieser Gelegenheit auch die Frage des viel umstrittenen Staues bei Heidelberg-Karlsruhe prüfen.

Tagung der Vereinigung höherer technischer Beamten deutscher Städte

Die Hauptversammlung der Vereinigung höherer technischer Beamten deutscher Städte nahm am Dienstag in Freiburg i. B. ihren Fortgang. Die nächstjährige Tagung soll in Danzig stattfinden.

Verbandsdirektor Dr. Ing. Schmidt-Effen behandelte den Entwurf des preussischen Städtebaugesetzes. Die Bodenansparung müsse durchgeführt, der Begriff des Nutzungsplans richtig erfaßt und die zwischenkommunalen Verbindungen dürften nicht zu sehr verallgemeinert werden, denn dadurch töte man das individuelle Eigenleben der Gemeinden. Er berührte auch die Frage des Verhältnisses der Gemeindebaubehörde gegenüber der Reichsbahn und wünschte eine enge Zusammenarbeit im ganzen Reich.

In der Diskussion, zunächst über die Referate am Montag, dann über den Bericht über das Städtebaugesetz, wurden von zahlreichen Rednern wichtige Anregungen gegeben. Insbesondere wurde gefordert, daß unter Koranzstellung der wirtschaftlichen Gesichtspunkte beim Städtebau auch die künstlerischen berücksichtigt würden. Verschiedene Diskussionsreferate widmeten ihre Ausführungen der Baupolitik, von der gewünscht wurde, daß sie zu einer Gemeindeangelegenheit gemacht und in die Hand von Fachmännern gelegt werde. Das bestehende Enteignungsrecht hielten einige Herren für recht unzuverlässig. Viel vorteilhafter sei das Verfahren in Amerika, wo die Gemeinde den Besitz an Grundstücken dem Eigentümer entziehe, indem sie ihn gemäß der Selbstbestimmung entschädigt und einen Zuschlag von 25 Prozent gewähre. Bezüglich des Städtebaugesetzes forderten einige Redner die Schaffung eines einheitlichen Reichsgesetzes.

In seinen Schlussworten nahm Verbandsdirektor Dr. Schmidt-Effen nochmals Stellung zu den gegebenen Anregungen und machte Vorschläge über die Weiterbehandlung des Themas durch die Vereinigung der technischen Beamten.

Aus den Parteien

Der Landesparteitag der badischen Demokraten findet am 26. und 27. September 1925 in Forstheim statt. Am Samstag vormittag wird eine Konferenz demokratischer Gemeindevertreter abgehalten, gleichzeitig eine Konferenz demokratischer Frauen. Nachmittags legt im großen Saale des Museums die Landesversammlung. Abends wird ein Begrüßungsabend

stattfinden. Am Sonntag wird der Parteitag durch eine große Kundgebung für Vaterland und Freiheit beendet. Redner sind: Staatspräsident und Minister des Kultus und Unterrichts Dr. Gelpach, Reichstagsabgeordneter, Reichsminister a. D. Erich Koch, Vorsitzender der Gesamtpartei im Reich, Reichstagsabgeordneter Hermann Dietrich.

Gemeinde-Rundschau

Die Einwohnerzahl Mannheims. Das endgültige Ergebnis der Volkszählung vom 10. Juni d. J. ergibt für Mannheim eine Einwohnerzahl von 248 629, darunter 119 357 männliche und 129 186 weibliche Personen. Die Zahl der bewohnten Gebäude betrug einschließlich der Vororte 12 893, die der Haushaltungen 61 140.

Der Gemeindevoranschlag von Wiesloch. Wie in anderen mittleren Städten zeigt auch in Wiesloch sich die wirtschaftliche Verschlechterung im Gemeindevoranschlag. Trotz größter Sparsamkeit übersteigen die Gesamtausgaben für den Voranschlag 1925/26 mit rund 464 000 Mark die auf rund 274 000 Mark geschätzten Einnahmen um etwa 190 000 Mark. Die Gemeindeverwaltung erfordert zinslos 79 000 Mark, der Aufwand für die Schulen ist mit 89 400 Mark veranschlagt, für Wohlfahrtspflege, Erwerbslosenfürsorge usw. sind 64 000 Mark vorgesehen. Der Steuerwert des Betriebsvermögens beträgt 3 120 400 Mark. Der Umlagefuß muß von 65 auf 70 Pct. erhöht werden.

Der Stadtrat Bruchsal beschloß zahnärztliche Schüler im Falle der Bedürftigkeit auf Kosten der Stadt behandeln zu lassen.

Beteiligung Durlachs an der Auslandsreise bad. Städte. Der Stadtrat in Durlach beschloß die Aufnahme eines Auslandsbesuches und zwar im Benehmen mit anderen badischen Städten und durch Vermittlung der badischen Kreiszentrale.

Zur Verbindungsstelle hat der Stadtrat Masten einen wichtigen Beschluß gefaßt. An dem bisherigen Verfahren, wonach den Bewerber mit dem niedrigsten Angebot der Zuschlag erteilt wird, wenn eine sachmännliche Ausfertigung der Arbeit gefertigt ist, soll grundsätzlich festgehalten werden. Da es jedoch bei diesem Verfahren einzelnen Unternehmen möglich ist, alle Arbeit an sich zu ziehen, soll im Einzelfall im Interesse des Ausgleichs auch eine Abweichung von diesem Grundsatz erfolgen können. Es soll dem Stadtrat die Möglichkeit gegeben sein, einem der übrigen Bewerber, deren Angebot nicht mehr als 10 Prozent über dem niedrigsten Angebot liegt, den Zuschlag zu erteilen. Entgegen der bisherigen Übung, daß nur Unternehmer mit dem Meisterteil städtische Arbeiten erhalten, soll in Zukunft kein Unterschied zwischen Meister und Nichtmeister gemacht werden, wenn eine sachmännliche Arbeit zu erwarten ist.

Der Bezirksrat Offenburg genehmigte in seiner in Genssbach abgehaltenen Sitzung das Gesuch der Bad. Landesfeuerwehrgesellschaft A.-B. Badenwert in Karlsruhe um wasserpolizeiliche Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Starkstromleitung für 110 000 Volt Spannung im Hochwassergebiet der Kinzig zwischen Offenburg und Galsbach. In nicht öffentlicher Sitzung beschloß er, betreffs Verabreichung der Genehmigung der Kraftfahrzeuge innerhalb der Ortsgrenzen eine entsprechende Vorschrift zu erlassen. — Mit Rücksicht auf die Vermögensschwäche sollen die Vereinsfestlichkeiten möglichst eingespart werden; öffentliche Feste dürfen nur noch an Fastnacht, Erntedankfest und Kirchweih abgehalten werden.

Zur Eingemeindungsfrage Lahr-Dinglingen. In einer zum Montag abend von Rautat Kägele einberufenen Versammlung in Lahr, die rein privaten Charakter hatte, beschäftigten sich die Bürger von Lahr und Dinglingen zum achten Male mit der Eingemeindungsfrage. Die zur Verlesung gekommenen 33 Paragraphen des Vertragsentwurfes fanden mit einigen Abänderungen die Zustimmung der Versammlung, der Umlageparagraf bleibt mit der Fassung, „Die Dinglinger verlangen als Entschädigung für die nächsten 10 Jahre 20 v. H. der Lahrer Löhne mehr als 10 v. H. nicht vertreten zu können“ dem endgültigen Entschluß der Behörden vorbehalten. Ein Vorschlag, die Eingemeindungsfrage nunmehr bald in den einzelnen Fraktionen der beiden Bürgerausschüsse zur Sprache zu bringen und dann in interfraktionellen Sitzungen zu klären, wurde beifällig aufgenommen.

Das Städtische Konservatorium für Musik in Freiburg, dessen Eröffnung für den Herbst dieses Jahres geplant war, wird nun, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, definitiv im April 1926 eröffnet werden.

Bürgermeisterwahl. Bei der am Sonntag in Lengfeld stattgehabten Bürgermeisterwahl wurde Bürgermeister Pfeiffer von Schönau mit 664 Stimmen von 719 zum Bürgermeister gewählt.

Die Finanzlage des Kreises Lörrach. In der letzten außerordentlichen Kreisversammlung, wurde die Finanzlage des Kreises eingehend erörtert. Bis zum 31. August 1925 beliefen sich die Einnahmen auf 259 266 M. gegenüber einem Jahresbudgetanschlag von 577 100 Mark. Nach dem Voranschlag müßten für das laufende Jahr noch 337 569 M. eingenommen werden. Dieser Betrag wird aber wohl infolge des Landtagsbeschlusses zur Steuererleichterung nicht erreicht werden. Der Vermögensstand selbst ist nicht ungünstig. Die Summe der Aktiven betrug am 31. August 648 000 Mark, denen an Passiven nur die Verbindlichkeiten aus Viehfrankenschulden aus der Schweiz mit 40 000 Mark gegenüber stehen, so daß ein Reinertrag von 608 000 Mark verbleibt.

Das Gaswerk Sigen a. S. Das im Bau befindliche Zentralgaswerk in Sigen a. S. macht gute Fortschritte. Aus Anlaß der Aufriktion des größten Bauwerkes, des Apparategebäudes, fand am letzten Samstag eine Richtfeier statt, wozu außer den Vertretern der Gesellschaft die Bürgermeister derjenigen Gemeinden teilnahmen, die zunächst an die Versorgung angeschlossen werden. Mit den Bauten wurde Ende April begonnen, am 6. Juni konnten die ersten Bauten aufgerichtet werden. Im Bau befinden sich zurzeit noch eine Veritaslampefabrik, ein Bunkerhaus, das Kesselhaus mit 40 Meter hohem Schornstein, das Apparatehaus mit einem 20 Meter hohen Betriebsgasfackel. Hierzu kommen noch Verwaltungs- und Wohngebäude verschiedener Art. Das Werk soll noch vor Ablauf dieses Jahres in Betrieb genommen werden. Die Leistungsfähigkeit des Werkes wird bei vollem Betrieb auf 3 Millionen cbm Gas geschätzt. Die Rohrleitungen in Sigen und Naldbühl sind in der Hauptsache verlegt. Die Hauptfernleitung läuft über Mielingen-Wörblingen-Uberlingen-Mied und Wörblingen, welche Ortschaften gleich mit Gas versorgt werden.

Die städtischen Auslandsanleihen. Die Überzeichnung der Ränder ausländischer Stadtanleihen hat die Stimmung für deutsche Kommunalanleihen beim amerikanischen Kapitalistenpublikum wesentlich gebessert. Es ist anzunehmen, daß eine Reihe weiterer Städte in nächster Zeit zu günstigen Bedingungen in den Vereinigten Staaten werden Anleihen unterbringen können. Besondere Erwähnung verdient es, daß der Stadt Lindau der Abschluß eines Darlehens in der Schweiz in Höhe von 1 1/2 Millionen Franken gelungen ist.

Aus der Landeshauptstadt

Ein Beitrag der Arbeit. Im Alter von 88 Jahren ist der Lithograph Karl Kohl gestorben, der zu Karl (Karl Bretten) geboren, 1853 als Lehrling in die lithographische Abteilung des Verlags des „Karlsruher Tagblatts“ eingetreten war und seitdem, also 72 1/2 Jahre hindurch, ohne Unterbrechung in dieser Stellung tätig war, noch bis in die letzten Tagen seines Lebens hinein.

Vom Badischen Konservatorium für Musik. Für den aus dem Lehrerkollegium des Badischen Konservatoriums für Musik ausscheidenden Dr. Brückner ist der Violin-Virtuose und Pädagoge Jakob Trapp aus München als Leiter der Ausbildungsstelle für Violine gewonnen worden. Er war Meisterschüler von Professor Verber in München und hat sich bereits im Konzertsaal und als Lehrer einen ausgezeichneten Namen erworben.

Fachausstellung des Reichsverbandes im Installateur- und Klempnergewerbe vom 18.-30. September. Auf einem Kundgang durch die Städtische Ausstellungshalle sehen wir, wie emsig Spezialfirmen dieser Fachgruppe am Werke sind, ihren Stand aufzubauen. Was man jetzt schon sehen kann, ist, daß die Ausstellung nicht allein Fachinteresse hat, sondern auch ganz besonders für Bauherren, die über sich auf diese Spezialgebiete, insbesondere auf sanitäre Apparate bieten. Viel Interesse wird ebenfalls die Hausfrau finden, die immer, nicht allein für hübsche Sachen in ihrem Haushalt, sondern hauptsächlich für praktische Dinge aufnahmefähig ist. Heute schon kann man mit Bestimmtheit sagen, daß sich der Besuch der Ausstellung für alle Berufsstände lohnen wird.

Der Vorstand der Handwerkskammer Karlsruhe nahm — wie uns von der Kammer geschrieben wird — u. a. auch Stellung zu der Gefängnisreform, die im Zusammenhang mit der Reform des Strafvollzugs neue Formen angenommen habe. Die geplante und teilweise schon durchgeführte Erweiterung der Gefängnisanstalten durch Mechanisierung mit der hochentwickelten Erziehung von Gefangenenaufsichtern, wie gerade in der gegenwärtigen schwierigen Zeit geradezu lächerlich auf das freie Handwerk, zumal das Baugewerbe in Hinsicht auf die Kapitalnot noch nicht wieder in die Hände des Privatunternehmers liegt und infolgedessen die Hauptbeschäftigung für weite Teile des Gewerbes fehlt. Nach Ansicht der Handwerkskammer ist für das deutsche Volk ein zufriedener, steuerzahlender Mittelstand notwendiger, als die Modernisierung der Betriebe in den Strafanstalten. Aus den gleichen Gründen wandte sich die Handwerkskammer gegen die in den letzten Jahren wesentlich erweiterte Betätigung in Erziehungsanstalten, durch die auf Kosten öffentlicher Mittel dem freien Gewerbe Konkurrenz bereitet werde.

Für Pilzkrankheiten. In der Zeit der Pilzente werden alljährlich zahlreiche Erkrankungen und Todesfälle durch den Genuß giftiger Pilze verursacht. Dabei handelt es sich in den meisten Fällen um den Genuß selbstgeernteter Pilze. Jedem Pilzkenner kann nicht dringend genug empfohlen werden, nur Pilzarten zu verwenden, die ihm zweifellos als essbar bekannt sind. Einen Überblick über die wichtigsten essbaren und schädlichen Pilze gibt das im Reichsgesundheitsamt bearbeitete Pilzmerkblatt, das im Jahre 1924 in neuer, erweiterter Ausgabe im Verlage von Julius Springer-Berlin W. 9, Linienstraße 23/24, erschienen ist und von dort im Wege des Buchhandels bezogen werden kann. In der Neuausgabe des Pilzmerkblattes werden 42 Pilzarten beschrieben, es enthält eine farbige Tafel mit 34 Abbildungen sowie eine Reihe von Belegungen über das Sammeln von Pilzen und die Behandlung von Pilzvergiftungen.

Weiternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, von 8 Uhr morgens. Unter dem Einfluß des von Westen heranziehenden Tiefdruckausläufers begann sich der Himmel gestern Nachmittag zu trüben. Heute Nacht erreichte uns das Regengebiet, das aber nur ganz geringfügige Niederschläge ergab. Die Druckverteilung beginnt sich zu ändern; unter dem Einfluß eines über Frankreich und England erkennbaren schwachen Rüdens wird es zwar morgen wieder etwas aufheitern, doch zeigen sich über der Biscaya neue Druckstörungen, da zudem das Hochdruckgebiet über Zentraluropa sich immer mehr verflacht werden diese sich bei uns bald bemerkbar machen und zu einer Periode herbstlicher Regenfälle Anlaß geben. Voraussage für 18. September: nach vorübergehender Auflockerung erneute Bewölkungszunahme und Strichregen, mäßig warm bei südwestlichen Winden.

Kurze Nachrichten aus Baden

Mannheim, 16. Sept. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1925 geht die Strecke der Niebbahn bis zum Bahnhof Mannheim-Baldhof (8,5 km) mit der Hofstelle Rennplatz dem Bahnhof Mannheim-Käfertal und die Bahnmeisterei 85 von der Direktion Mainz an die Reichsbahndirektion Karlsruhe über.

D.3. Ebingen (Ami Schweglingen), 16. Sept. Das Junkerflugzeug D 571 nahm gestern auf der Fahrtroute nach Frankfurt a. M. auf dem Wiesengelände bei Ebingen eine Landung vor, um eine schadhaft gewordene Zylinder auszuwechseln. Nach zweistündiger Aufenthalt und gleich der Landung glatt vollzogenem Start flog das Flugzeug nach Karlsruhe zurück. An Bord befanden sich außer dem Führer zwei Passagiere. Von einer eigentlichen Notlandung kann keine Rede sein, da hierzu kein zwingender Grund vorlag.

D.3. Muggensturm, 17. Sept. Im 77. Lebensjahr ist hier Professor Karl Friedrich Ledebere gestorben. Ledebere war in den 80er Jahren Professor und danach bis Anfang der 90er Jahre Direktor der Höheren Mädchenschule in Offenburg. Von hier kam er als Professor an das Gymnasium Markat, wo er etwa 20 Jahre wirkte. In späteren Jahren veröffentlichte er manche interessante Aufsätze zur Geschichte der badischen Heimat, insbesondere der ehemaligen Markgrafschaft Baden-Baden und Baden-Durlach.

D.3. Baden-Baden, 15. Sept. Die Kurverwaltung ermäßigt ab 1. Oktober die Kurtaxe auf die Hälfte.

D.3. Dos, 15. Sept. In der vorigen Woche unterschlug ein 21jähriger Kaufmann seiner Frau in Baden-Baden den Betrag von 7000 M., ging in Begleitung von Bekannten über die Grenze, um das Geld zu verjubeln. Der Kriminalpolizei gelang es jedoch, das liederliche Kleblatt in Tirol festzunehmen. 4000 M. konnten den Ausreißern wieder abgenommen werden.

D.3. Kehl, 13. Sept. Laut eines an den Landrat gerichteten Schreibens des Staatsministeriums wird Staatspräsident Dr. Gelpach am 27. September zum Besuch des Danauer Heimattages nach Kehl kommen.

D.3. Kehl, 14. Sept. Das Danauerland rüstet sich für den 27. September zu einem großen Trachtenaus, der den Höhepunkt des Heimattages in Kehl bilden wird. Neben historischen Kostümen und der schmanden Danauer Tracht wird der Festzug auch die Sitten und Gebräuche, die Bodenkultur, das Gewerbe, Jagd und Fischfang zur Darstellung bringen. Die Gruppe „Der Danauer Bauer auf seiner Scholle“ wird dabei eine erste Stelle einnehmen. Die badische Regierung wird bei dem Fest vertreten sein.

23. Freiburg, 17. Sept. Nach einer Meldung aus Innsbruck ist der hiesige Arzt Freiberger von Liebenstein, der in Begleitung des Grafen von Liebenstein den Ortler bestiegen hatte, in einen Schneesturm geraten und ums Leben gekommen. Liebenstein konnte gerettet werden, während Dr. von Liebenstein nach zwei Tagen erstarrt aufgefunden wurde.

23. Überlingen, 15. September. Der Bürgermeister des Ortes Müstern, Reuther, der vor einigen Tagen mit einem Radfahrer an einer Straßenkreuzung zusammengestoßen war und dabei einen doppelten Schädelbruch erlitten hatte, ist gestern seinen Verletzungen erlegen.

23. Radolfzell, 17. Sept. Der Reichstagsabgeordnete Karl Diez (Zentr.) tritt heute die Reise nach Amerika an, um an dem interparlamentarischen Kongress in Washington als Delegierter der deutschen Gruppen teilzunehmen. Er wird Anfang November nach Deutschland zurückkehren.

23. Weiskirchen, 16. Sept. Gestern fand der erste Schlachtwiegemarkt statt, auf dem durch eine Kommission, bestehend aus dem Schlachthofdirektor als Vorsitzenden, einem Landwirt, einem Händler und einem Metzger, offiziell die mittleren Preise festgesetzt wurden. Von jetzt ab werden stets offizielle Marktberichte ausgegeben.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	17. Sept.	16. Sept.
Amsterdam 100 G.	168.64	169.06
Kopenhagen 100 Kr.	102.17	102.43
Napoli 100 L.	17.17	17.21
London 1 Pf.	20.335	20.385
New York 1 D.	4.19	4.21
Paris 100 Fr.	19.805	19.845
Schweiz 100 Fr.	80.99	81.19
Wien 100 Schilling	59.13	59.27
Brag 100 Kr.	12.43	12.47

Marktruber Börse. Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel. Das Geschäft schleppt sich im alten Rahmen weiter. Der knappe Geldmarkt und die Unsicherheit in der Kreditgewährung legen allenthalben Beschränkungen auf. Weizen, handelsüblich 25-25,5, Roggen, neue Ernte, gesund, handelsüblich 19,25-20, Sommergerste, neue Ernte 26-27,25, Hafer, ausländischer 20-22, inländischer, neue Ernte 18,75-19,75, Mais mit Sack, neue Ernte 21,25-21,50, Weizenmehl, Mühlenförderer 39-39,25, Roggenmehl, Mühlenförderer 28,75-29, Weizenfuttermehl 15,5-15,75, Roggenfuttermehl 15,5-15,75, Weizenkleie 11-11,50, Roggenkleie 11-11,50, Spezialfabrikate entsprechend teurer. Viehtreiber 17,5-18, Malzkeime 15,25-15,75, Frühharloffel, je nach Sorte 6,5-8, Maishuttermittel: Lohes Viehsenf, gut, gesund, trocken 6,5-7, Luzerne 9-9,5, Weizen-Sonnenstroh, drabtpreß 4,25-4,75, alles per 100 Kilo, Mühlenfabrikate. Mais, Viehtreiber und Malzkeime mit Getreide ohne Sack, Frachtparität Karlsruhe bezw. Fertigsfabrikate Parität Fabrikation. Waggonpreise. Kleinere Quantitäten entsprechende Zuschläge. Weine und Spirituosen:

Bei gutem Verkauf und bei in der Hauptsache unveränderten Preisen verkehrte die Börse in ruhiger Haltung. Das Angebot in Edelbranntweinen war stärker als bisher. Kolonialwaren: Die Preise sind unverändert.

Berbilligung des bankmäßigen Zahlungsverkehrs. Aus Mannheim wird mitgeteilt: Mit Rücksicht auf die kürzlich von der Reichsbank beschlossene Aufhebung der Girobuchunggebühren haben die Mitglieder der Badisch-Bälischen Bankenvereinigung vor kurzem sich dahin geeinigt, Bankgebühren für Reichsbankgüternweisungen nicht mehr zu berechnen.

Das Aktienkapital der Magnet-Tabakfabrik A.-G. Herbolzheim von 185.240 Reichsmark warf einen Reingewinn von nur 1.088 Reichsmark ab, was aber bei der Lage des Tabakgewerbes, wo so viele Gesellschaften mit Verlust arbeiteten, als gut anzunehmen ist. Der Reservefonds ist mit 20.010 Reichsmark dotiert, 155.908 Reichsmark Debitoren stehen 15.087 Reichsmark Kreditoren gegenüber.

Die Bilanz der Bad. Obst- und Gemüsewerke A.-G. Griesheim bei Waldshut per 31. Dezember 1924 weist ein Aktienkapital von 125.000 Reichsmark und einen Reservefonds von 12.500 Reichsmark auf. Die Kreditoren sind mit 446.880,87 M., die Debitoren mit 671 Reichsmark angegeben. Das Geschäftsjahr schloß mit einem Verlust von 21.224 Reichsmark.

Von der Dollarkleihe der Rentenbank-Kreditanstalt sind von Amerika auch Teile für Europa bestimmt worden. Das Syndikat der Emissionshäuser teilt mit, daß die 25 Millionen-Rentenbank-Anleihe überzeichnet und die Listen nahezu unmittelbar nach Auflegung geschlossen worden seien.

Die Überzeichnung ist so groß, daß die amerikanischen Bankiers bekannt geben, daß viele Orders mehrfach repariert werden müßten. Die Zeichnung wurde binnen wenigen Minuten geschlossen. Die Zuteilung dürfte 5-10 Prozent des angezeichneten Betrages ausmachen. In den Kreisen der amerikanischen Bondhändler betrachtet man die gewaltige Überzeichnung als das bedeutendste Ereignis in den letzten Wochen. Man nehme weiter an, daß die günstige Aufnahme dieser Anleihe der Unterbringung ähnlicher Wertpapiere unter besseren Bedingungen die Wege ebnen werde. Verschiedene Händler vertreten darüber hinaus den Standpunkt, daß die vorliegende Überzeichnung, ganz allgemein gesehen, einen Wendepunkt in der Haltung der amerikanischen Öffentlichkeit gegenüber Deutschland bedeute.

Braunkohlen-Preisermäßigung. In der am Mittwoch abgehaltenen Generalversammlung des ostbayerischen Braunkohlenvereins wurde eine Herabsetzung der Preise für Braunkohlen und Breiketts um den Betrag zugestimmt, der sich aus der Ermäßigung der Umfahntarife vom 1. Oktober ergibt.

Wülfenpreisermäßigung in Österreich. Die Großhandelspreise in Österreich sind im August weiter stark zurückgegangen. Nach den Berechnungen des Bundesamts für Statistik beläuft sich die Preisermäßigung für Nahrungsmittel auf 7 Prozent und für industrielle Erzeugnisse auf 4 Prozent. Die Großhandels-Industrie ist im August um 4 Prozent zurückgegangen und stellt sich im Goldwert auf 131 (1913 = 100) gegen den bisher höchsten Stand von 144. Am schärfsten macht sich der Preisrückgang am Getreidemarkt bemerkbar. Von den industriellen Erzeugnissen haben sich Baumwolle, Erdöl, Brennholz und Grobbleche verbilligt, während die übrigen Produkte im Preise etwas gestiegen sind.

Staatsanzeiger

Errichtung einer neuen (3.) Apotheke in Nastatt. Die Berechtigung zum Betriebe einer neuerrichtenden Apotheke in Nastatt, Ludwigsdorf (Josef-, Murgtal-, Meiler-, Markgrafen- und Ludwigstraße), wird zur Vererbung ausgeschrieben. Bewerbergesuche sind binnen 4 Wochen schriftlich hierher einzureichen. Dem Gesuche sind beizufügen (gebetet):

1. Lebenslauf mit Angabe der Familienverhältnisse;
2. Geburtszeugnis;
3. Staatsangehörigkeitsausweis;
4. Approbationsurkunde;
5. Zeugnisse für den etwa geleisteten Militärdienst;
6. Amtlich bestätigte Zeugnisse über die bis herige Beschäftigung seit Ablegung der Staatsprüfung;
7. Polizeiliche Führungszeugnisse aus sämtlichen Orten, an welchen der Bewerber nach erlangter Approbation als Apotheker wohnhaft war;
8. Zeugnisse über etwaige besondere Leistungen oder über wissenschaftliche Fortbildung;
9. Nachweis über den Besitz der voraussichtlich erforderlichen Geldmittel.

Karlsruhe, den 9. September 1925.
Der Minister des Innern
J. B. Veers.

Dem Thüringer Museum in Eisenach wurde die Erlaubnis zum Lobestrieb in Baden erteilt.
Karlsruhe, den 12. September 1925.
Der Minister des Innern
J. B. Veers.

Gesuch der Firma Jakob Dirich & Söhne G.m.b.H. in Mannheim um Genehmigung zur Ausgabe inoffizieller Lagersteine.

Der Firma Jakob Dirich & Söhne G.m.b.H. in Mannheim wird die staatliche Ermächtigung zur Ausstellung von Lagersteinen gemäß § 263 Absatz 2 des Handelsgesetzbuches für ihr Lagerhaus in Mannheim in widerruflicher Weise erteilt.
Karlsruhe, den 12. September 1925.
Der Minister des Innern
J. B. Veers.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Ministerium des Innern

Ernannt:

Hilfsverwaltungsleiter Ernst Berger in Mannheim zum Polizeioberwachmeister in Karlsruhe.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Zurücksetzung:

Bibliotheksleiter Josef Scholler an der Technischen Hochschule in Karlsruhe auf Ansuchen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Staatsumwälzung und Neuaufbau in Baden

Ein Beitrag zur politischen
Geschichte Badens 1914/24

von

Adam Kemmele
Badischer Minister des Innern

Preis gebettet M. 5.50, gebunden M. 7.50

Zu beziehen durch jede Buchhandlung

Das Heidelberger Tagblatt urteilt: Kein äußerlich betrachtet darf man an diesem Beitrag zur politischen Geschichte Badens 1914-1924 zunächst rühmen, daß es in klarem und gutem Deutsch geschrieben ist. Der Inhalt zeugt für die Gabe des nun seit Jahren bewährten badischen Innenministers, den Kern der durch Krieg und Niederlage heraufgeführten staatspolitischen Probleme von großen, allgemeinen Gesichtspunkten her zu erfassen. Wer auf den ebenso billigen wie löchlichen Versuch verzichtet, dem Buche mit antisozialdemokratischer Einstellung beizukommen, der wird ehrlich den gemessenen Abstand Kemmeles zu den Ereignissen der Umwälzungsjahre und den Willen zur Objektivität anerkennen. Eine Menge, zum Teil noch unbekanntes Material, verleiht den Ausführungen geschichtlichen Wert.

Verlag G. Braun, Karlsruhe i. B.

Zur Eindeckung des Winterbedarfs empfehle ich



Kohlen, Koks, Briketts Anthrazitkohlen

von Kohlscheid, beste deutsche Marke

Brennholz

sowie alle Sorten

gesägt und gespalten, in ganz trockener Ware. — Ich bitte um Aufgabe von Bestellungen im Hauptkontor Baumeisterstr. 48, Fernspr. 61, oder in meiner Stadtfiliale, Kaiserstr. 215, Fernspr. 602

A. von Steffelin

Mannheim



Eine Frage im Vertrauen

„Wie ist es Ihnen möglich, sich in der jetzigen Geldknappheit immer so gut zu kleiden?“

Antwort:
„Ganz einfach!“
„Ich gehe in die

Badenia

Kaiserstraße 14a
Haltestelle Waldhornstraße.

Bei kleinster Anzahlung und bequemer Abzahlung erhalte ich dort für mich und meine Frau, sowie auch für meinen Sohn und Tochter alle Kleidungsstücke die ich benötige und bin dort immersehr gut bedient. Die Auswahl ist sehr groß und die ganze Angelegenheit ist streng diskret und höchst reell.

Karlsruhe
Freiburg

Bekanntmachung.

Druck. Nr. 251
vom 15. 9. 1925
Landwirtschaftskammerwahlen 1925.
Wir bitten die Bürgermeisterämter, die Stimmzettel entsprechend § 28 Absatz 4 unserer Wahlordnung zu vernichten und die von der Landwirtschaftskammer gestellten Wahlumschläge für die Arbeitnehmerwahl in Verwahrung zu nehmen.
E. 707
Karlsruhe, den 15. September 1925.
Der Vorsitzende der Badischen Landwirtschaftskammer:
Dr. Graf Douglas.

B.815. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Franz Hobapp in Karlsruhe, ist Termin zur Gläubiger-versammlung zur Beschlußfassung über den Antrag des Konkursverwalters, das Verfahren mangels Masse einzustellen, auf Donnerstag, den 24. September 1925, vorm. 10 Uhr vor das Amtsgericht A 3 in Karlsruhe, Akademiestr. 6, Zimmer Nr. 246, bestimmt. Karlsruhe, den 8. September 1925. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A 3.

B.814. Eppingen. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Albert Wähling in Eppingen ist Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen, sowie zur Beschlußfassung über den Antrag des Konkursverwalters auf Genehmigung zum Verkauf des Warenlagers im ganzen und im Falle der Unmöglichkeit zu dessen Versteigerung am Platze bestimmt auf Freitag, den 25. September 1925, nachmittags 4 Uhr vor das Amtsgericht in Eppingen, Zimmer Nr. 4. Eppingen, den 16. September 1925. Amtsgericht.

Detektiv-Privat-Büro
„Argus“
Mannheim
O. 6. 6.
Plankestr. 47
Fernspr. 3505
A. Maier & Co., G.m.b.H.

Badisches Landestheater
Freitag, d. 18. September 1925
D. 2. D.-Gem. II. S. G.
In neuer Inszenierung:
Der Widerpäntigen Zähmung
Komische Oper in vier Akten nach Shakespeares gleichnamigem Lustspiel frei bearbeitet von J. B. Widmann.
Musik von Hermann Götz.
Musikalische Leitung: J. Wagner
In Szene gesetzt von Otto Krauß

Bereinsregister.
B.816. Bagen. In das Vereinsregister wurde unter O. J. 10 heute eingetragen: **Niederwiesenthaler Bauverein**.
Vorstandsmitglieder:
Landrat Willmaier als Vorsitzender, Landwirt Heinrich Geanlich in Bödingheim, Landwirt Ludwig Dert in Dornberg, Landwirt Egid